

Geringer Spielraum für Sparmassnahmen

In einer Doppelsitzung am Freitag und Samstag erledigte der Einwohnerrat Stein am Rhein zahlreiche Geschäfte. Er verabschiedete das Budget 2021, zeigte sich aber auch unzufrieden mit der Arbeit des Stadtrates, indem er die Antworten auf zwei Interpellationen zurückwies.

Ursula Junker

STEIN AM RHEIN. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) fragte zu Recht, ob die Steuern vorsichtig genug budgetiert seien, eröffnete Finanzreferent Ueli Böhni am Freitag die Beratung des Budgets 2021 im Einwohnerrat Stein am Rhein. Er zeigte sich indes überzeugt, dass Stein nicht so schlecht dastehe. Als eine wichtige Erklärung für die finanzielle Situation der Stadt – sie hat rund 25 Millionen Franken Schulden – führte er die Zunahme der Ausgaben in der sozialen Wohlfahrt an, die sich in den letzten Jahren verdoppelten. Gestiegen ist auch der Personalaufwand. Angesichts zahlreicher gebundener Ausgaben sei der Spielraum für Sparmassnahmen gering, sagte Böhni mit Blick auf den Finanzplan. «Wir müssen primär das operative Ergebnis ins Lot bringen», folgte er. Wolle man sparen, sei mit einem Abbau der Dienstleistungen zu rechnen. Spätestens im nächsten Jahr müsse man über den Steuerfuss reden.

Dennoch will der Stadtrat notwendige Investitionen an die Hand nehmen, etwa die Sanierungen des Schulhauses Schanz und des Rathauses. GPK-Mitglied Tamara Pompeo bestätigte die nicht einfache Situation. Der Selbstfinanzierungsgrad sei ungenügend, man müsse den Hebel bei den Steuern ansetzen. In der Beratung zeigte sich René Schäffeler (FDP) auch mittelfristig besorgt über die Situation, warnte aber, Steuererhöhungen seien jetzt nicht angezeigt. Anders sei es bei Gebühren, den Wärmeverbund müsse man angehen, und ebenso müsse man für die städtischen Liegenschaften eine Lösung finden. Auch Peter Spescha (SP) forderte, die Gebühren zu überdenken, und Marcel Waldvogel (parteilos) verlangte, die Fixkosten zu senken.

Eine längere Diskussion entspann sich um die Verpflichtungskredite der Investitionsrechnung im Anhang. Markus Vetterli (SP) beantragte, schon der Planungskredit müsse die Finanzierung aufzeigen. Schäffeler verlangte ein Grobkonzept für die Nutzung, ehe man den Umbau des Rathauses plane. Böhni erinnerte daran, dass vier Grossprojekte von Schiffflände bis Untertor durch die Jakob-und-Emma-Windler-Stiftung bedingungslos übernommen werden. Auch wolle die Stiftung das Thema Liegenschaften mit



Obwohl die finanzielle Lage angespannt ist, plant der Stadtrat Stein am Rhein, das Schulhaus Schanz umfassend zu renovieren.

BILD URSULA JUNKER

der Stadt angehen. «Dafür müssen wir planerische Vorleistungen machen», so Böhni, der auch anmerkte, dass das Rathaus in seiner jetzigen Gestalt als Arbeitsplatz unbrauchbar sei. Auch müsse man abklären, was mit den darin enthaltenen historischen Sammlungen geschehe. Ohnehin, so Böhni, stimme man über das Budget ab und nicht über den Anhang. Daraufhin zog Vetterli seinen Antrag zurück, und das Budget 2021 wurde einstimmig genehmigt.

Mittelfristige Einsparungen möglich

Man habe die Motion wortgetreu umgesetzt, so Böhni zum Vorstoss von Werner Käser (FDP) zur Flexibilisierung der Stadtratspensen. Damit waren die Anforderungen erfüllt, die Motion angeschrieben. Gleiches widerfuhr der Motion Peter Spescha (SP). Sie hatte eine Erhöhung der Entschädigung für den Einwohnerrat gefordert. Das Ratsbüro weitete sie auf die GPK

«Wir müssen primär das operative Ergebnis ins Lot bringen.»

Ueli Böhni
Finanzreferent Stein am Rhein

und die Sitzungsgelder der Schulbehörde aus. Die Neuregelung wurde einstimmig angenommen. Sie erhöht das Minus im Budget 2021 um rund 20 000 Franken.

«Das ist keine Sparübung,» leitete Böhni in die Teilrevision des Anstellungs- und Besoldungsreglements ein. Dennoch soll sie dazu führen, dass die Löhne weniger stark steigen. Verzichtet wird auf den automatischen Stufenanstieg. Ruth Metzger (SVP) begrüßte dessen Abschaffung. «Vorsichtig positiv» war die Reaktion Vetterlis zur Teilrevision. Er begrüßte die neue Ferienregelung, bedauerte aber die Abschaffung des Stufenanstiegs. Waldvogel verwies auf noch nicht berücksichtigte Punkte. Sie in einer weiteren Revision aufzunehmen, hatte Böhni bereits angekündigt. Schäffeler beantragte aus Transparenzgründen, den Totalbetrag jeweils im Budget auszuweisen. Dem stimmte der Rat zu und verabschiedete die Teilrevision einstimmig.

Ausgelöst durch die Erweiterung und die neue Gartenanlage sowie eine leichte Erhöhung sind im Alterszentrum 300 zusätzliche Stellenprozent nötig. Ebenso wird die Spitex um 240 Prozent aufgestockt. Das sieht der neue Stellenplan vor. Zusätzlich kommt es im Bereich Verwaltung zu einer Aufstockung von 85 Prozent. Der Stellenplan wurde knapp angenommen.

Deutlich reagierte der Einwohnerrat auf das Postulat Waldvogel zur Beschilderung, die er im Oktober 2019 eingereicht hatte. In der Antwort schlägt der Stadtrat vor, eine Arbeitsgruppe einzusetzen. «Wir sind enttäuscht, dass der Stadtrat nicht mehr anzubieten hat», so Käser. «Dürftige Antwort», befand Spescha. Waldvogel beantragte Rückweisung. Dem entsprach der Rat. Ebenso wies er die Antwort auf das Postulat Spalinger zu Umwelt- und Klimaschutz zurück. Zwar habe die Arbeitsgruppe schon getagt, aber es fehle die Strategie, so Cornelia Dean (SP).

Das Bauverfahren sei nicht so abgelaufen, wie es hätte sein müssen, stellte Waldvogel nach der Antwort auf seine Interpellation «Schiffflände» fest. Zum «überdimensionierten» blauen Balken sagte Stadtpräsident Sönke Bandixen, man nehme die Bedenken entgegen. Auch sei man mit der Schifffahrtsgesellschaft Untersee und Rhein URH in Kontakt, die Bildschirme an der Schiffflände ausserhalb der Saison ganz abzustellen.

Nach längerem Hin und Her, bei welchem er zuweilen in Regulierungseifer geriet, genehmigte der Einwohnerrat unverändert das Abfallreglement. Neu wird für die Grünabfuhr eine Gebühr erhoben.

Stadträtin Corinne Ullmann lieferte einige Überlegungen zur Umsetzung des Altersleitbildes nach und skizzierte noch einmal dessen drei Säulen. Speziell betonte sie, dass die durch die Genossenschaft geplanten Alterswohnungen ein wichtiger Bestandteil seien, der durch Alterswohnungen mit Heimanschluss auf dem Irmiger-Areal ergänzt werden könnte, wofür indes das Geld fehle. Ab nächstem Jahr wird eine Arbeitsgruppe zu Quartierrundgängen starten und nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Sicherheit für ältere Menschen suchen.

Aktie aus Gründungsjahr kam ins Fundament

In Oberstammheim baut die Leihkasse Stammheim AG ein neues Bankgebäude. Im kleinen Rahmen wurde am Freitagmorgen auf der Baustelle an der Hauptstrasse eine besondere Grundsteinlegung ausgeführt.

Thomas Güntert

STAMMHEIM. Bei der kleinen Festrede zum Baubeginn des neuen Bankgebäudes in Oberstammheim ging der Verwaltungsratspräsident Peter A. Suter auf die über 150-jährige Geschichte der Leihkasse Stammheim AG ein, die am 19. Januar 1863 mit einem Aktienkapital von 32500 Franken gegründet wurde. In den ersten Jahren wurden die Bankgeschäfte im Wohnhaus von Kantonsrat Deringer erledigt, der auch Verwalter der Leihkasse war. Im Jahr 1888 wurden die Geschäfte in das Gemeindehaus Oberstammheim verlegt.

Die Bank zeichnete sich über Jahrzehnte durch Beständigkeit aus. Carl Erb leitete deren Geschäfte von 1894 an 41 Jahre lang, sein Nachfolger Konrad Zeller 43 Jahre und Zellers Sohn Peter 37 Jahre lang. Seit 2015 ist Michael Tanner Vorsitzender der Geschäftsleitung. Das Bankgebäude am heutigen Standort konnte 1978 nach zweijähriger Bauzeit bezogen werden. Da sich die Bedürfnisse von Kundschaft und Mitarbeitenden verändert haben und das be-



Die Originalaktie aus dem Gründungsjahr der Bank.

BILD TGÜ

stehende Gebäude nicht erweitert werden konnte, kaufte die Bank das Nachbargebäude von Kurt und Annelies Wattinger. Nachdem die Baugenehmigung erteilt war, sollte im Sommer 2020 der Baubeginn erfolgen. Durch einen Rekurs des Vereins Zürcher Heimatschutz kam es jedoch zu einer dreimonatigen Verzögerung. Nachdem die Leihkasse bei einem Vergleich auf die Realisierung einer Fotovoltaik-Anlage auf der Dachsüdseite verzichtete und einer marginalen baulichen Änderung im Eingangsbereich zustimmte, wurde

der Rekurs zurückgenommen. Im Oktober konnten mit dem Abbruch des ehemaligen Schuhhauses Wattinger die Bauarbeiten begonnen werden.

Originalaktie wird konserviert

Michael Tanner erklärte den Bau, der in den nächsten 18 bis 20 Monaten entstehen soll. Im Neubau sollen alle Dienstleistungen der 16 Mitarbeitenden im Erdgeschoss stattfinden. Es gibt vier Beratungsräume, eine grosszügig gestaltete Kundenzone und zwei traditionelle Schalter für die persönlichen Ge-

schäfte. Die Bürofläche beläuft sich auf über 50 Quadratmeter. Im Obergeschoss gibt es jeweils eine 2,5- sowie 3,5- und 4,5-Zimmer-Wohnung mit Wohnflächen von 80 bis 110 Quadratmeter, die von der Bank bewirtschaftet werden. Zudem gibt es einen grossen Aufenthaltsraum, der auch als Reservezone dient.

Beim offiziellen Festakt wurde eine ursprüngliche Aktie aus dem Gründungsjahr in eine grosse Geldkassette gelegt, im Armierungskorb des Fundaments befestigt und mit Beton überfüllt. Der Bankleiter bedankte sich bei der Firma Müller + Partner AG, Architekten aus Stein am Rhein, der Bankenplanungs AG Gehri aus Aarberg und der Baugemeinschaft H. Hagen AG aus Hüttwilen.

Im Gespräch mit den Schaffhauser Nachrichten wollte sich Tanner zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht über die Baukosten äussern. Die Investitionen werden bei dem regionalen Gewerbe auf jeden Fall für ein beachtliches Auftragsvolumen sorgen. Ebenso wenig äusserte sich der Bankleiter darüber, was nach dem Umzug mit dem jetzigen Bankgebäude passiert, das bis auf ein Stockwerkeigentum der Post im Besitz der Leihkasse ist. Die Post schliesst zum 1. Januar allerdings die Filiale. «Die Leihkasse hat ein Vorkaufsrecht auf das Stockwerkeigentum und das Gebäude ist ein Teil unserer Strategie», sagte Tanner.

Eschenzer Rechnung 2019 an der Urne genehmigt

ESCHENZ. Bei der gestrigen Urnenabstimmung ist die Rechnung der Gemeinde Eschenz für das Jahr 2019 mit 222 Ja- und 17 Nein-Stimmen genehmigt worden. Die Stimmbeteiligung lag bei 20,7 Prozent. Die Rechnung schliesst mit einem Überschuss von 336263,18 Franken, die dem Eigenkapital zugeschlagen werden sollten. Budgetiert war ein Minus von 24574 Franken.

Die positive Abweichung in der Rechnung ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, wie die Gemeinde Eschenz auf Anfrage mitteilte. So gab es bei der Sozialhilfe Rückvergütungen von insgesamt rund 343030 Franken, geplant wurde allerdings nur mit 100000 Franken. Des Weiteren waren beim Strassenunterhalt zu hohe Ausgaben budgetiert worden.

Höhere Steuereinnahmen

An Einkommens- und Grundstückgewinnsteuer (durch verstärkte Bautätigkeit) wurde ebenfalls mehr eingenommen, als eigentlich veranschlagt war. Geplant waren total 125000 Franken, ergeben haben sich aber mehr als 240000 Franken. Zudem wurden verschiedene Projekte abgeschlossen, die bereits in den Vorjahren budgetiert worden waren. (tma/r.)